

# Miteinander statt Gegeneinander

## Ehrengast in der Domschule: Ex-Bundespräsident Christian Wulff bezieht Stellung zu Demokratie, Islam und Wehrpflicht

Matthias Liedtke

Der Islam gehört zu Deutschland“: Dieser Satz ist wohl am nachhaltigsten hängengeblieben aus der Zeit, in der Christian Wulff von Juni 2010 bis Februar 2012 mit 50 Jahren der bislang jüngste Bundespräsident der deutschen Geschichte gewesen ist. Deshalb überraschte es kaum, dass die Siebtklässlerin Jule aus der Domschule Osnabrück ihn fragte, ob er ihn denn heute noch genauso sagen würde. Das bejahte der gebürtige Osnabrücker bei seinem Besuch als Ehrengast bei der Vollversammlung der Domschule – mit dem Hinweis darauf, dass wir angesichts von mehr als fünf Millionen gläubiger Muslime, die in Deutschland leben, ein „friedliches Miteinander“ brauchen werden.

### Plädoyer für Vielfalt

Man solle mehr „nach Gemeinsamkeiten suchen“ als immer nur auf die Unterschiede zu schauen, sagte der Bundespräsident a.D. in seiner Heimatstadt. Es gehe ihm „auf den Geist, dass in Deutschland immer nur alles negativ gesehen wird“, machte er ganz unverblümt seinem Unmut darüber Luft, dass heute so viel „Hass, Unversöhnlichkeit und Überheblichkeit“ herrsche. In Bezugnahme auf die aktuellen Ereignisse von Solingen warnte Wulff davor, aus dem „Fehler“ eines Einzelnen Rückschlüsse auf ganze Gruppen zu ziehen. „Terroristen wollen Angst und Unruhe stiften“, betonte er – und dass wir stattdessen mehr „Miteinander und Kooperation“ bräuchten, etwa um den Klimawandel zu bekämpfen. Auf die Frage der Sechstklässlerin Gesa hin, wie Kinder und Jugendliche die Politik beeinflussen könnten, ermutigte Wulff die Domschüler dazu, neugierig zu sein und den Mut zu haben, sich eine eigene Meinung nicht nur zu bilden, sondern diese auch zu vertreten.

### Sich einbringen statt meckern

Gleichzeitig sei es wichtig, anderen zuzuhören und andere Meinungen zu respektieren, sofern sie gut begründet sind. Melanie aus der achten Jahrgangsstufe wollte wissen, wie man denn Demokratie selbst gestalten statt nur konsumieren solle und könne – so wie es Wulff am Anfang des Jahres angemahnt hatte. Der wählte zur Erläuterung das Bild eines Fußballstadions, in dem diejenigen, die von der Tribüne aus mäkeln, sich doch bewerben sollten, wenn sie denken, sie könnten es besser. „Mitmachen, sich einbringen und Position beziehen“, erneuerte Wulff sein bereits zu Beginn seiner damaligen Amtszeit ausgesprochenes Plädoyer dafür, dass „alle das Netz gemeinsam weben sollen, das unsere Gesellschaft zusammenhält“. Das Ergebnis der jüngsten Europawahl interpretiert er dabei zur Überraschung so mancher Schüler positiv, indem er bei einer historisch hohen Wahlbeteiligung die „Mitte eigentlich gestärkt“ sieht. Nichtsdestotrotz müsse man wachsam sein angesichts der Wachstumsraten radikaler Parteien.

Mit Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius ist Wulff in Osnabrück gemeinsam aufs Gymnasium gegangen, wo er bereits mit 14 Jahren Schülersprecher wurde. Ob der jüngste Vorschlag des

ehemaligen Mitschülers, einen „neuen Wehrdienst“ einzuführen, im Sinne der Gleichberechtigung nicht auch für Frauen gelten müsse, fragte der Zehntklässler Marvin. Wulff wies darauf hin, dass die Wehrpflicht nicht abgeschafft, sondern nur ausgesetzt sei und sprach sich für eine im Sinne des Grundgesetzes unabhängig vom Geschlecht „allgemeine Pflicht“ aus – „in welchem Bereich auch immer“.

### Wir sind alle Ausländer

Darüber, dass in der Pausenhalle der Domschule der erste Satz des Grundgesetzes zitiert wird, zeigte sich das ehemalige Staatsoberhaupt begeistert. Würde er beherzigt, gäbe es keinen Rassismus und Nationalismus. Denn die Menschenwürde gelte für alle. Ausländerfeindlichkeit bereite ihm Sorgen, betonte Wulff. Sie sei aber auch „dumm“, weil wir schließlich alle Ausländer seien, sobald wir in anderen Ländern sind. Sie sollten nicht zulassen, dass ihre Freunde aufgrund ihrer Herkunft „verunglimpft“ werden, wandte er sich an die Schulgemeinschaft. „Es gibt keinen Unterschied zwischen richtigen und falschen Deutschen“, betonte Wulff.

# Miteinander statt Gegeneinander

Ehrengast in der Domschule: Ex-Bundespräsident Christian Wulff bezieht Stellung zu Demokratie, Islam und Wehrpflicht

Matthias Liedtke

Der Islam gehört zu Deutschland“. Dieser Satz ist wohl am nachhaltigsten hängengeblieben aus der Zeit, in der Christian Wulff von Juni 2010 bis Februar 2012 mit 50 Jahren der bislang jüngste Bundespräsident der deutschen Geschichte gewesen ist. Deshalb überraschte es kaum, dass die Siebtklässlerin Jule aus der Domschule Osnabrück ihn fragte, ob er ihn denn heute noch genauso sagen würde. Das bejahte der gebürtige Osnabrücker bei seinem Besuch als Ehrengast bei der Vollversammlung der Domschule – mit dem Hinweis darauf, dass wir angesichts von mehr als fünf Millionen gläubiger Muslime, die in Deutschland leben, ein „friedliches Miteinander“ brauchen werden.

#### Plädoyer für Vielfalt

Man solle mehr „nach Gemeinsamkeiten suchen“ als immer nur auf die Unterschiede zu schauen, sagte der Bundespräsident a.D. in seiner Heimatstadt. Es gehe ihm „auf den Geist, dass in Deutschland immer nur alles negativ gesehen wird“, machte er ganz unverblümt seinem Unmut darüber Luft, dass heute so viel „Hass, Unversöhnlichkeit und Überheblichkeit“ herrsche.



Stellte sich den Fragen der Schüler: Der Osnabrücker Alt-Bundespräsident Christian Wulff bei der Vollversammlung in der Turnhalle der Domschule. Fotos: André Havergo



Voll besetzt war die Vollversammlung der Domschule – und mit-tendrin ein ehemaliger Bundespräsident.



Als Ehrengast gibt Christian Wulff Tipps, wie Schüler sich für Demokratie einsetzen können.

In Bezugnahme auf die aktuellen Ereignisse von So-lingen warnte Wulff davor, aus dem „Fehler“ eines Ein-zelnen Rückschlüsse auf ganze Gruppen zu ziehen. „Terroristen wollen Angst und Unruhe stiften“, beton-te er – und dass wir stattdes-zen mehr „Miteinander und

Kooperation“ bräuchten, et-wa um den Klimawandel zu bekämpfen. Auf die Fra-ge der Sechstklässlerin Ge-sa hin, wie Kinder und Ju-

eigene Meinung nicht nur zu bilden, sondern diese auch zu vertreten.

#### Sich einbringen statt meckern

Gleichzeitig sei es wichtig, anderen zuzuhören und an-dere Meinungen zu respek-tieren, sofern sie gut begrün-det sind. Melanie aus der achten Jahrgangsstufe woll-te wissen, wie man denn De-mokratie selbst gestalten statt nur konsumieren solle und könne – so wie es Wulff am Anfang des Jahres ange-mahnt hatte. Der wählte zur Erläuterung das Bild eines Fußballstadions, in dem die-jenigen, die von der Tribüne aus mäkeln, sich doch be-werben sollten, wenn sie denken, sie könnten es bes-ser.

„Mitmachen, sich einbrin-gen und Position beziehen“, erneuerte Wulff sein bereits zu Beginn seiner damaligen Amtszeit ausgesprochenes Plädoyer dafür, dass „alle das Netz gemeinsam weben sol-len, das unsere Gesellschaft zusammenhält“. Das Ergeb-nis der jüngsten Europawahl interpretiert er dabei zur Über-raschung so mancher Schüler positiv, indem er bei einer historisch hohen Wahlbeteiligung die „Mitte eigentlich gestärkt“ sieht. Nichtsdestotrotz müsse man wachsam sein ange-sichts der Wachstumsraten radikaler Parteien.

Mit Bundesverteidigungs-minister Boris Pistorius ist Wulff in Osnabrück gemein-

sam aufs Gymnasium gegan-gen, wo er bereits mit 14 Jah-ren Schülersprecher wurde. Ob der jüngste Vorschlag des ehemaligen Mitschülers, einen „neuen Wehrdienst“ einzuführen, im Sinne der Gleichberechtigung nicht auch für Frauen gelten müs-se, fragte der Zehntklässler Marvin. Wulff wies darauf hin, dass die Wehrpflicht nicht abgeschafft, sondern nur ausgesetzt sei und sprach sich für eine im Sinne des Grundgesetzes un-abhängig vom Geschlecht „all-gemeine Pflicht“ aus – „in welchem Bereich auch im-mer“.

#### Wir sind alle Ausländer

Darüber, dass in der Pau-senhalle der Domschule der erste Satz des Grundgeset-zes zitiert wird, zeigte sich das ehemalige Staatsober-haupt begeistert. Würde er beherzigt, gäbe es keinen Rassismus und Nationalis-mus. Denn die Menschen-würde gelte für alle. Auslän-derfeindlichkeit bereite ihm Sorgen, betonte Wulff. Sie sei aber auch „dumm“, weil wir schließlich alle Auslän-der seien, sobald wir in an-deren Ländern sind. Sie sollten nicht zulassen, dass ihre Freunde aufgrund ihrer Herkunft „verunglimpft“ werden, wandte er sich an die Schulgemeinschaft. „Es gibt keinen Unterschied zwischen richtigen und fal-schen Deutschen“, betonte Wulff.